



Herrn  
Nikolaus Immer  
Geschäftsführer des Diakonischen Werks der  
Evangelischen Kirche im Rheinland e.V.  
Lenaustraße 41  
40470 Düsseldorf

**Michael Roth MdB**

Staatsminister für Europa

POSTANSCHRIFT  
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2451

FAX +49 (0)30 18-17-3289

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

[StM-EU-Vz1@auswaertiges-amt.de](mailto:StM-EU-Vz1@auswaertiges-amt.de)

Berlin, den 6. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Immer,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Januar, in dem Sie über die Auswirkungen des russischen Gesetzes auf die Projekte der Diakonie Rheinland berichten. Danach müssen sich Nichtregierungsorganisationen, die Zuwendungen aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind, als „ausländische Agenten“ bezeichnen lassen.

Auch die Bundesregierung ist besorgt über die Folgen des Gesetzes für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Vertreter der Bundesregierung haben wiederholt gegenüber ihren russischen Gesprächspartnern deutlich gemacht, dass das Engagement und die Kooperation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Russland ein Kernelement der deutsch-russischen Beziehungen sind. Die russlandweiten Kontrollen von Nichtregierungsorganisation im Frühjahr 2013 hat die Bundesregierung wiederholt nachdrücklich kritisiert. Eine umfassende Diskussion der Auswirkungen des Gesetzes fand während einer deutsch-russischen Konferenz der Nichtregierungsorganisationen am 25./26.4.2013 im Auswärtigen Amt statt. Die Bundesregierung wird auch weiterhin die Entwicklung genau verfolgen und mögliche negative Auswirkungen im Gespräch mit der russischen Seite thematisieren. Auch in Russland haben zahlreiche Personen und Institutionen Bedenken über die negativen Folgen des Gesetzes geäußert. Der Menschenrechtsombudsmann der Russischen Föderation, Lukin, hat das Verfassungsgericht gebeten, den Text auf Vereinbarkeit mit der Russischen Verfassung zu prüfen.

Der Vorsitzende des Rates zur Förderung der Menschenrechte und Zivilgesellschaft, Fedotow, hat bei einem Treffen mit Präsident Putin im September 2013 angeregt, das Gesetz so zu ändern, dass eine Auslegung der Vorschriften zuungunsten sozial tätiger Organisationen ausgeschlossen ist.

Die innerrussische Diskussion über das Gesetz und seine Folgen dauert an. Russische Nichtregierungsorganisationen, die im vergangenen Jahr mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert waren, haben uns berichtet, dass mit Unterstützung des Menschenrechtsombudsmanns und des Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsrates eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte. Ich halte es daher für sinnvoll, Ihren Kooperationspartner zu empfehlen, bei den oben genannten Institutionen Rat und Unterstützung zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive style and appears to read "Michael Row". The first letter of the first name is a large, stylized 'M', and the last name 'Row' is written in a similar cursive script.